

Präsentation zur Vorstellung des Entwurfs zum Doppelhaushalt 2023/2024



"Das Schiff auf Kurs halten in stürmischer See"



Haushalt realistischer planen

- Maßnahmen im Ergebnishaushalt
 - Budget-Einschränkungen in Bereichen mit wiederholt hohen Haushaltsresten
 - Aber auch Mehrbedarfe, z. B. im Investitionsmanagement oder für Energie
 - Globale Minderausgaben



Haushalt realistischer planen

Maßnahmen im Investitionsmanagement

Reduzierung des Umsetzungsvolumens von Investitionen und Instandhaltungen (Investitionsprogramm – IP)

- Haushalt 2022 Ausgabevolumen IP 2021 2025:
 rd. 1.091 Mio. €
- Haushalt 2023 ff. Ausgabevolumen IP 2022 2026: rd. 970 Mio. €
- Haushalt 2023 ff. Ausgabevolumen IP 2022 <u>2027</u>: rd. 1.184 Mio. €



Auswirkungen

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit *)

Haushaltsjahr	Planung 2022	Planung 2023 &
		2024
2023:	-18,2 Mio. €	4,1 Mio. €
2024:	-3,8 Mio. €	1,1 Mio. €
2025:	4,4 Mio. €	0,3 Mio. €
2026:	_	0,5 Mio. €
2027:	_	0,3 Mio. €

^{*)} unter Berücksichtigung des Aufbaus von Haushaltsresten



Auswirkungen

Reduzierung Krediteinplanungen

Haushaltsjahr	Planung 2022	Planung 2023 &
		2024
2023:	179,5 Mio. €	153,0 Mio. €
2024:	139,5 Mio. €	108,0 Mio. €
2025:	199,5 Mio. €	120,0 Mio. €
2026:	-	140,0 Mio. €
2027:	-	123,0 Mio. €



Erstmalig ein Doppelhaushalt

- Aus diesem Anlass Ratsauftrag (DS 22-18055):
- 1. Zusätzliche Kennzahlen
- 2. Zwischenbericht im 2. Planungsjahr



Erstmalig ein Doppelhaushalt

- Aus diesem Anlass Ratsauftrag (DS 22-18055):
- 1. Zusätzliche Kennzahlen
- 2. Zwischenbericht im 2. Planungsjahr

Zu 1.: Der Vorbericht des Haushaltsentwurfs enthält neben 4 bereits vorhandenen 4 weitere Kennzahlen:

- Aufwandsdeckungsgrad
- Transferaufwandsquote
- Investitionsquote
- Reinvestitionsquote



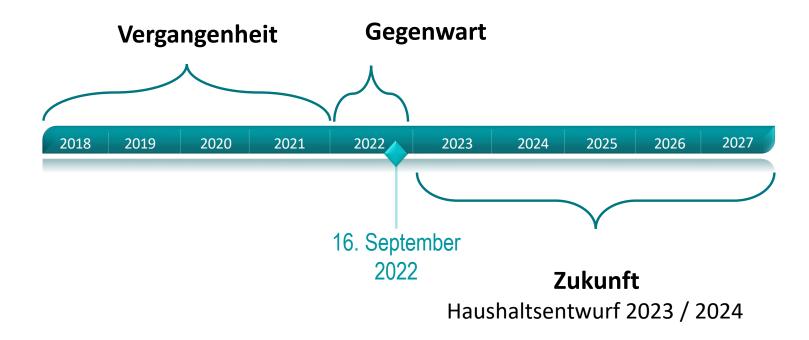
Erstmalig ein Doppelhaushalt

- Aus diesem Anlass Ratsauftrag (DS 22-18055):
- 1. Zusätzliche Kennzahlen
- 2. Zwischenbericht im 2. Planungsjahr

Zu 2.: Der Entwurf eines Zwischenberichts wird in der Haushalts-FPDA-Sitzung am 02.03.2023 vorgestellt.



Haushaltsdekade



Aktuelle Rahmenbedingungen



	Flüchtlingsentwicklung 2015Dieselaffäre 2015
Haushalt im	- Corona-Pandemie 2020
Krisenmodus	- Krieg in der Ukraine 2022 mit
seit 2015	 Flüchtlingsentwicklung,
	 Energieverknappung,
	o Inflation



Jahresergebnisse der Vergangenheit



Vergangenheit

Jahr	Ergebnis
2015:	-22.537.497 €
2016:	19.821.757 €
2017:	35.007.435€
2018:	-3.983.384 €
2019:	-957.370 €
2020:	6.098.120 €
vorl. 2021:	200.000€
Summe Veränderung	
Überschussrücklagen:	33.649.060 €

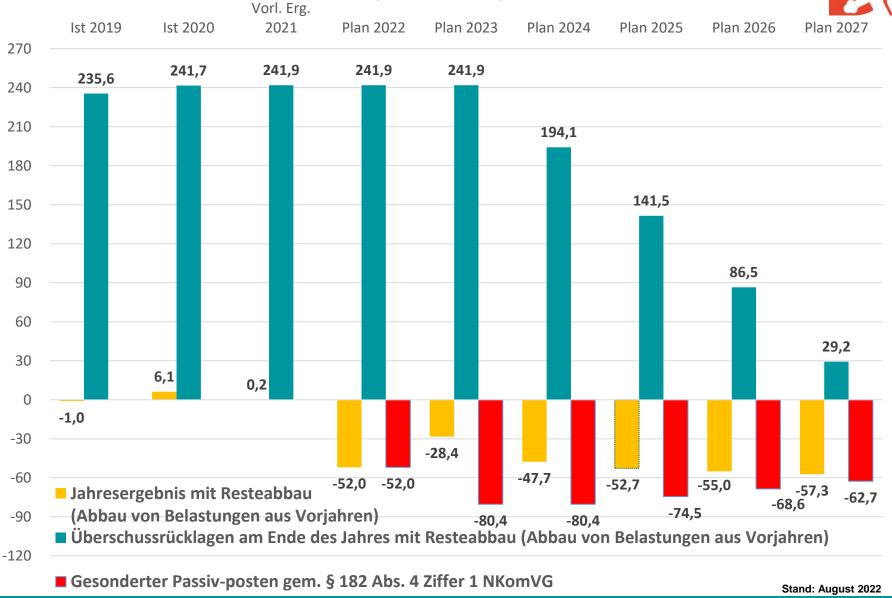
Haushaltsrechtliche Sonderregelungen



- Sonderregelung für niedersächsische Kommunen zur Bewältigung einer epidemischen Lage:
 - 2020 eingeführt: § 182 Abs. 4 NKomVG
 - Jahresfehlbeträge des Epidemiejahres und des Folgejahres <u>müssen</u> auf der Passivseite der Bilanz gesondert ausgewiesen werden und zukünftig abgebaut werden.
 - Die Überschussrücklagen verändern sich in diesen Jahren nicht.
 - Verlängerung wegen des Kriegs in der Ukraine und dessen wirtschaftlicher Auswirkungen ist in der Diskussion.

Entwicklung des Ergebnishaushaltes (in Mio. EUR)





Planung



Zukunft

Haushaltsjahr	bisheriges	geplantes
	Jahresergebnis	Jahresergebnis
2023:	-57,6 Mio. €	-28,4 Mio. €
2024:	-58,8 Mio. €	-47,7 Mio. €
2025:	-53,5 Mio. €	-52,7 Mio. €
2026:	-	-55,0 Mio. €
2027:	-	-57,3 Mio. €

Konnexität als wichtige Voraussetzung





- "Das Geld muss der Aufgabe folgen egal, von welcher staatlichen Ebene die Aufgabe kommt"
- Grundsatz: Aufgabenverantwortung und Aufgabenerfüllung fallen auseinander, daher finanzieller Ausgleich notwendig
- Probleme:
 - Rechtsansprüche werden nicht ausreichend mit Finanzmitteln hinterlegt
 - Anschubfinanzierung (Aufgaben bleiben, aber Refinanzierung entfällt)
 - "Stille Konnexität" Abweichung föderaler Standards (Bsp.: strengerer Brandschutz in Nds. Schulen)



"Das Schiff auf Kurs halten in stürmischer See"

Investitionen und Investitionsschwerpunkte

"Für die Zukunft bauen"



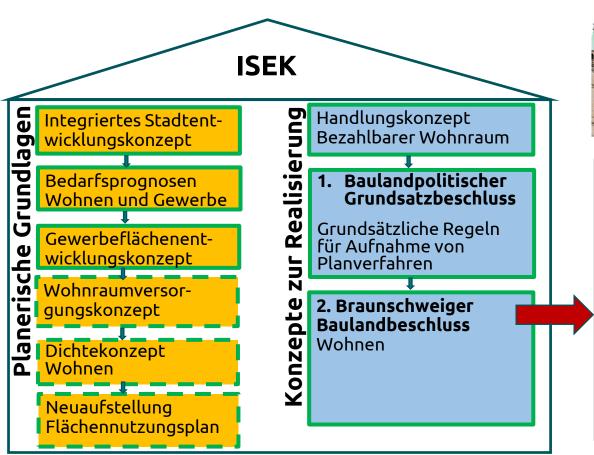
Was bildet ein Investitionsprogramm » im Haushalt ab?

- Investitionsprogramm (IP) des städtischen Haushalts: Neben Hochbaumaßnahmen sind dort alle Bereiche des Verwaltungshandelns und des städtischen Lebens abgebildet.
- Alternative Beschaffungsformen wie PPP-Projekte sind im IP ebenfalls enthalten.
- Weiterhin ambitionierte Planung in den nächsten Jahren
- Investitionen insbesondere im Hochbau stoßen jedoch an Grenzen: Personal für städtische Projektbegleitung, Planer, Baufirmen (Kapazitäten und wirtschaftliche Preise), Personal für Betrieb der Infrastruktur (z. B. Kitas), Finanzierung (über Kredite)
- Investitionen stellen Vermögenswerte dar, führen aber zu Folgekosten (Abschreibungen, Zinsen, Betriebskosten).

^{*)} beinhaltet Investitionen und Instandhaltungen



Bezahlbarer Wohnraum





Strategische Maßnahmen

- Baulandmodell mit verpflichtender Quotenregelung
 - Sozialwohnungsverpflichtung 30 %
 - Mittleres Segment 10 %
- Kostendämpfung am Wohnungsmarkt
- Vorrang für Gebietsentwicklungen im Innenbereich oder in Bereichen mit guter ÖPNV-Anbindung
- Konzeptvergaben zur Umsetzung sozialer Ansprüche ohne Kostenexplosion im Wohnungsbau.

Operative Maßnahmen: 4,5 Stellen zusätzlich

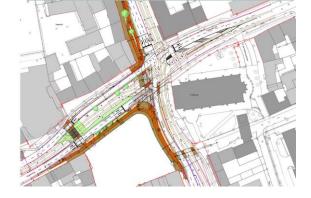
Bildung und Kinderbetreuung





- Ausbau der Schulkindbetreuung um je 200 Plätze pro Jahr (2023 rd. 1,3 Mio. €, 2024 rd. 2 Mio. €)
- Betriebsaufnahme im Ersatzbau KTK Weiße Rose (insg. rd. 3,1 Mio. €)
- Kontinuierliche Steigerung der U3- und Ü3-Plätze in der Kindertagesbetreuung (für Baumaßnahmen der Stadt 2023 rd. 0,7 Mio. €, 2024 rd. 0,4 Mio. €, weitere Neubauten durch Investoren)
- Ausbau des Ganztagsbetriebs an Grundschulen (2023 rd. 13 Mio. €, 2024 rd. 14 Mio. €)
- Schulerweiterungen/-neubauten einschl. Sporthallen
 (2023 rd. 17 Mio. €, 2024 rd. 22 Mio. €) ohne alternative Beschaffungen
- Umsetzung Medienentwicklungsplanung (MEP) inkl. Digitalpakt (2023 rd. 5,5 Mio. €, 2024 rd. 6,5 Mio. €)

ÖPNV und Mobilität





- Umgestaltung Hagenmarkt (2,5 Mio. €)
- Bienroder Weg, 2. und 3. BA (2,3 Mio. €)
- Veloroute Helmstedter Straße (2,2 Mio. €)
- Bushaltestellen barrierefreier Ausbau 2023 (0,8 Mio. €)
- Deckenprogramm 2023 Fahrbahn/Radweg (3,5 Mio. €/0,7 Mio. €)

Stadtbahnausbau, Radverkehr, Erschließung und Substanzerhalt bilden, neben der Erstellung des Mobilitätsentwicklungsplans, die Arbeitsschwerpunkte.

Klimaschutz (IKSK 2.0)





- Klimaneutrale Liegenschaften (Konzern) bis 2030
- Maßnahmen Stärkung nicht-motorisierter Verkehr
- Klimaneutrale Mitarbeiter*innenmobilität (Konzern)
- Planungsleistungen energetische Sanierung im Bestand
- Weitere
- Eine Abfrage in den beteiligten Organisationseinheiten ergab einen Bedarf von Sachmitteln in Höhe von rund 11,5 Mio. Euro (rund 5,7 Mio. Euro in 2023 und rund 5,8 Mio. Euro in 2024. Sobald Detailplanungen vorliegen, wird das begleitende Monitoring im Fachbereich Umwelt in Kooperation mit den zuständigen Organisationseinheiten künftige Personal- und Mittelbedarfe möglichst genau und rechtzeitig benennen. So ist sichergestellt, dass Finanzmittel und Personal in den anstehenden Haushaltsberatungen über die Ansatzveränderungen bedarfsgerecht gemeldet werden können sowie im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des Haushalts Steuerungsmöglichkeiten bestehen bzw. Priorisierungen vorgenommen werden können.

Sicherheit und Katastrophenschutz





- Ausbau der materiellen Fähigkeiten sowie der Reaktionsfähigkeit und Resilienz des Bevölkerungsschutzes (7,9 Mio. €), insbesondere:
 - Konzept zur Stärkung und Sicherung der Trinkwassernotversorgung
 - Konzept zur Erweiterung der Ausstattung mit Notstromaggregaten und Alarmierungsgeräten
 - Aufbau eines Sirenenwarnsystems zur Warnung der Bevölkerung
 - Konzept zum Aufbau von Anlaufstellen für die Bevölkerung im Notfall (Bevölkerungsschutz-Leuchttürme)
- Neubau der Feuerwache Süd-West (Finanzrate 2023 - 2024: 1,0 Mio. €; für die Gesamtmaßnahme sind 53,4 Mio. € vorgesehen.)

Innenstadt





- Umsetzung der beantragten Förderprojekte im Programm "Perspektive Innenstadt!" in Höhe von bis zu 1,5 Mio. € aus 2021 und 2022. Zum Beispiel:
 - Sitzstufen an der Oker
 - Konzept Kulturraumzentrale Innenstadt
 - Citymanagement 2.0 für Innovationsthemen und Digitalisierungsprojekte
 - Gamification-Projekt
 - Begrünung Schlossplatz
 - Mobiles Grün
- Vorbereitung auf das Programm "Resiliente Innenstädte" mit einer Förderquote von 40 %

Haushaltsdekade - Zukunft Schwerpunkt im Hochbau sind Schulen und Kitas



Geplantes Investitionsprogramm im städtischen Haushalt:

Zeitraum	Gesamt-IP	davon Hochbau	davon Hochbau Schulen, Kitas, JZ
Haushalt 2020* (2020 – 2023)	rd. 683 Mio. €	rd. 234 Mio. €	rd. 178 Mio. €
Haushalt 2021* (2021 – 2024)	rd. 1.095 Mio. €	rd. 375 Mio. €	rd. 312 Mio. €
Haushalt 2022* (2022 – 2025)	rd. 1.091 Mio. €	rd. 463 Mio. €	rd. 367 Mio. €
Entwurf 2023 ff. * (2023 – 2026) (2023 – 2027)	rd. 970 Mio. € rd. 1.184 Mio. €	rd. 417 Mio. € rd. 526 Mio. €	rd. 322 Mio. € rd. 403 Mio. €
Reduzierung (HHE 2023 zu 2022)	-11.10 %	-9.82 %	-12.26 %
Ø/Jahr (2023 ff.)	rd. 243 Mio. €	rd. 104 Mio. €	rd. 81 Mio. €

^{*}inkl. Alternative Beschaffungsformen und Experimentierklausel



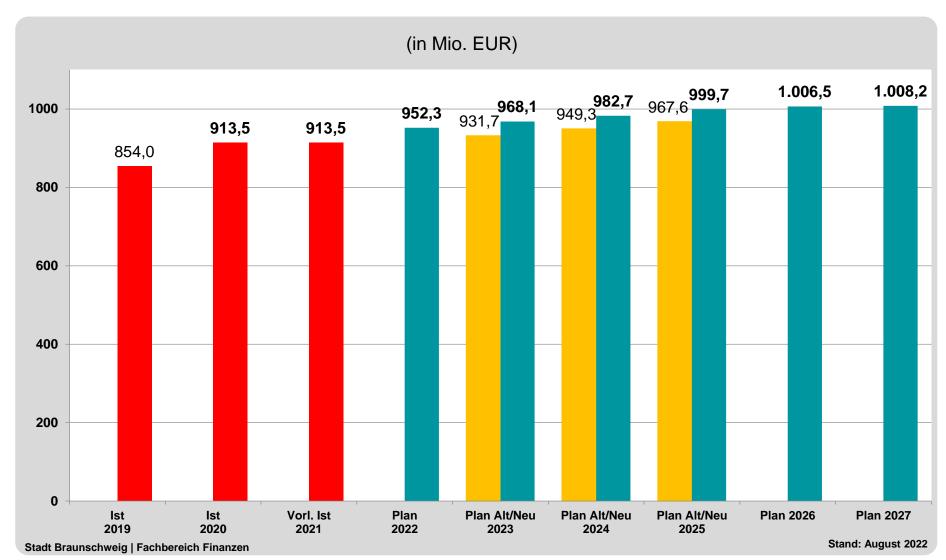
"Das Schiff auf Kurs halten in stürmischer See"

Haushaltsentwicklung in Zahlen

"Auf die Zukunft bauen"



Entwicklung der Gesamterträge



Wichtige Erträge



	Plan 2023		Ist 2019	
	Höhe	Anteil	Höhe	Anteil
Gewerbesteuer	190,0 Mio. €	19,63%	151,9 Mio. €	17,79%
Anteil an Einkommen- und Umsatzsteuer	191,5 Mio. €	19,78%	175,1 Mio. €	20,50%
Kommunaler Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen)	149,7 Mio. €	15,46%	136,1 Mio. €	15,94%
Grundsteuer B	54,2 Mio. €	5,60%	52,5 Mio. €	6,15%
Kostenerstattungen und Umlagen (u. a. Sozialhilfe vom Land)	181,7 Mio. €	18,77%	147,4 Mio. €	17,26%
Sonstige ordentliche Erträge	24,1 Mio. €	2,49%	27,7 Mio. €	3,24%
•••				
Gesamt	968,1 Mio. €		854,0 Mio. €	

Gewerbesteuer

Extremwerte im Bezugszeitraum 2006-2020

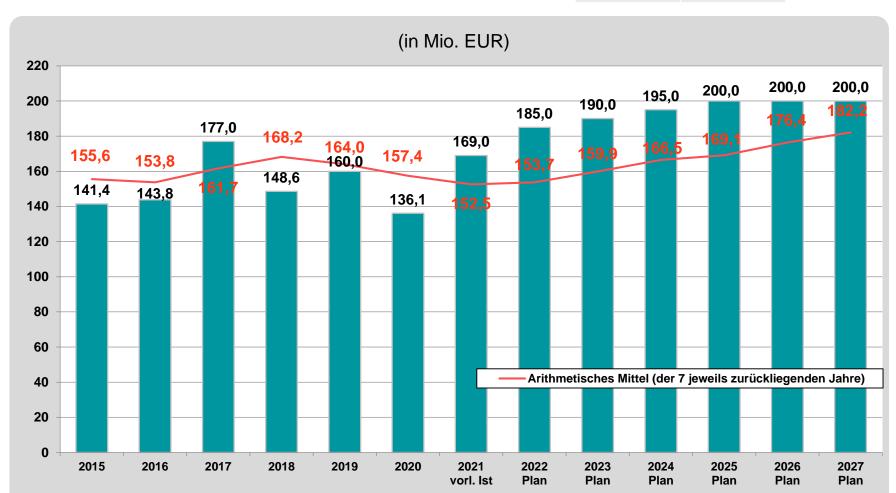
Min in 2009

88,5 Mio. €

Max in 2012

206,1 Mio. €

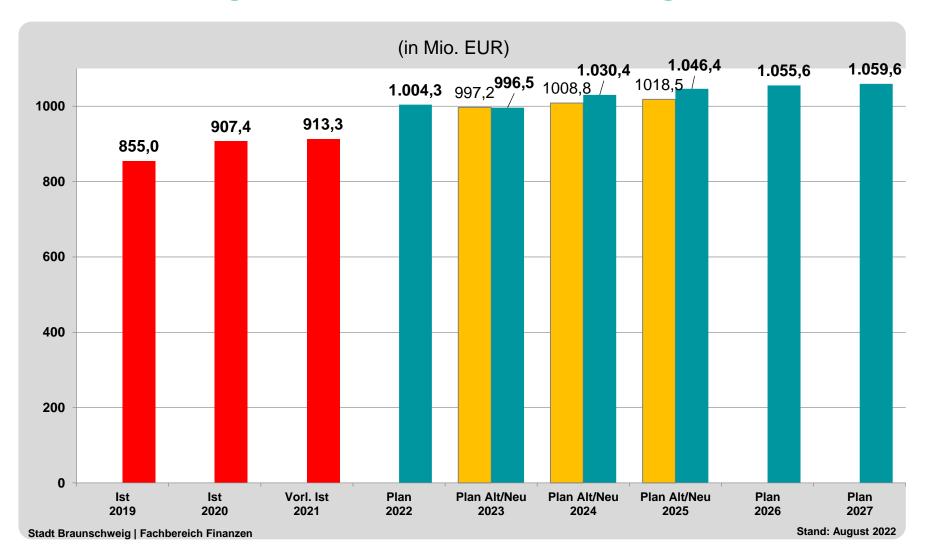




Rechnungsergebnis (bereinigtes Jahresergebnis, z. B. aufgrund von Einzelwertberichtigungen und der Bildung von Rückstellungen)
Stadt Braunschweig | Fachbereich Finanzen



Entwicklung der Gesamtaufwendungen



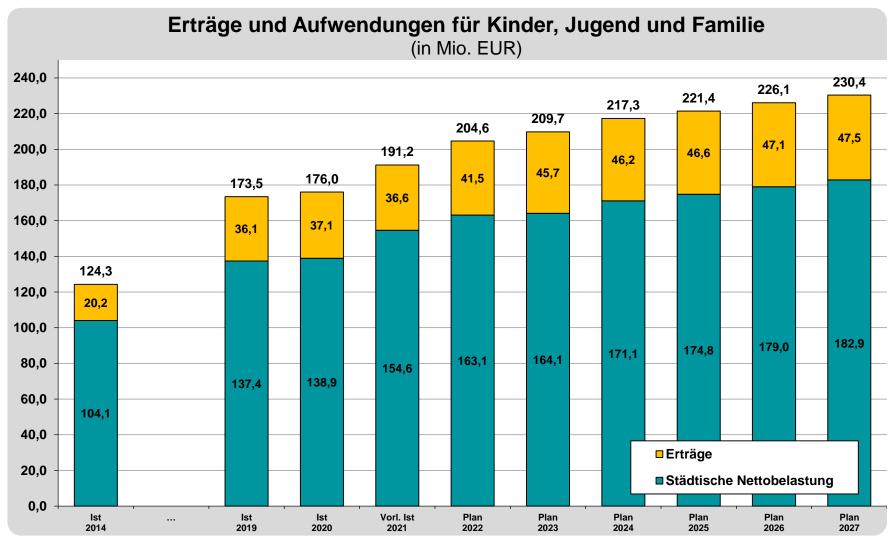


Wichtige Aufwendungen

	Plan 2023		Ist 2019	
	Höhe	Anteil	Höhe	Anteil
Personalaufwendungen	242,6 Mio. €	24,35%	229,9 Mio. €	26,89%
Transferaufwendungen für Sozialhilfe, Kinderbetreuung, Zuschüsse an Vereine/Einrichtungen, Gewerbesteuerumlage	371,5 Mio. €	37,28%	326,5 Mio. €	38,19%
Sonstige ordentliche Aufwendungen u. a. Verlustausgleiche städt. Gesellschaften, Sonderrechnungen, Soziale Leistungen nach SGB II	213,3 Mio. €	21,40%	193,0 Mio. €	22,57%
Abschreibungen	41,0 Mio. €	4,11%	39,5 Mio. €	4,62%
Gesamt	996,5 Mio. €		855,0 Mio. €	

Kinderbetreuung





Stand: August 2022

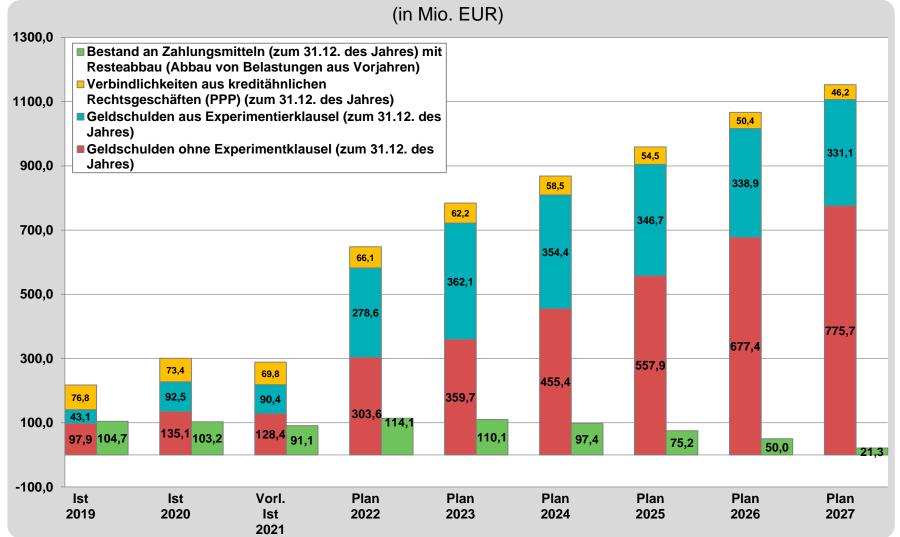


Finanzierung über Kredite erforderlich

- Hohe Finanzierungsbedarfe für Investitionen inkl. geplanter PPP-Projekte (ø Investitionsauszahlungen von über 153,0 Mio. € je Jahr, davon alternative Beschaffungsformen von insgesamt 143,0 Mio. €)
- Kreditermächtigung Ansatz 2023: 153,0 Mio. €, davon Experimentierklausel (bis 2023 möglich) 89,5 Mio. €, Ansatz 2024: 108,0 Mio. €
- Geplante Kreditaufnahmen 2023 bis 2027: 644,0 Mio. €,
 davon für Experimentierklausel: 89,5 Mio. €
- Am Ende des Planungszeitraumes ergeben sich unter Berücksichtigung von Tilgungen Geldschulden in Höhe von 1.106,8 Mio. €, davon Experimentierklausel 331,1 Mio. €.
- Gegebenenfalls Inanspruchnahme anderer Finanzierungsformen für Investitionen erforderlich, wie z. B. Schuldscheindarlehen

Entwicklung der Schulden -Geldschulden und Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie Zahlungsmittelbestand

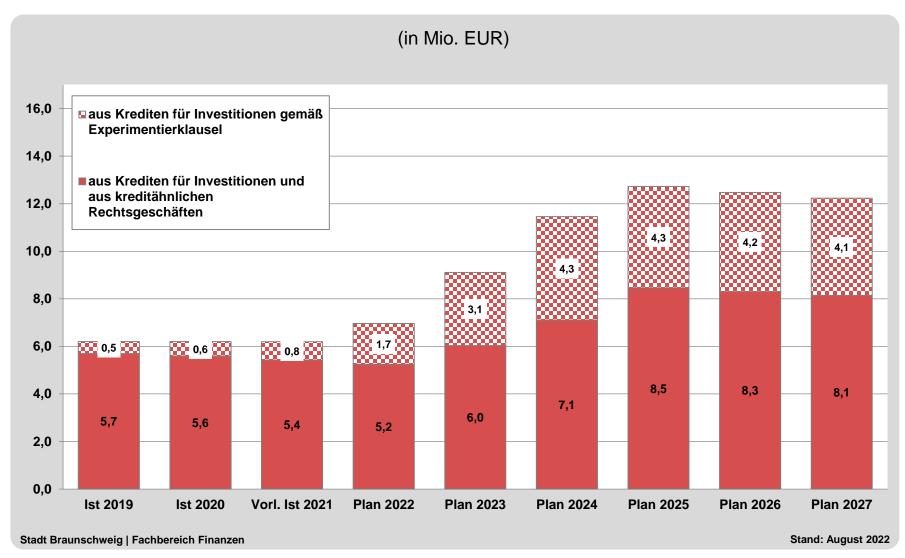




Stand: August 2022









Liquiditätskredite für das laufende Geschäft

- Nach § 122 NKomVG können Kommunen zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen Liquiditätskredite aufnehmen, sofern keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.
- Der Höchstbetrag einer Ermächtigung wird mit der Haushaltssatzung beschlossen.
- Nach pandemiebedingter Aufstockung in 2020/2021 auf 350 Mio. €; Reduzierung ab 2022 auf 150 Mio. €
- Bislang keine Inanspruchnahme; Nach aktueller Planung ist die Inanspruchnahme eines dauerhaften Sockels an Liquiditätskrediten nicht ausgeschlossen.



Haushaltsreste – Ermächtigungen der Vergangenheit und Aufgabe für die Zukunft

- Derzeitiger Stand rund 271 Mio. € (vorläufiger Jahresabschluss 2021); Vorjahr: rund 159 Mio. €.
- Grundsätzliche Zielgröße sollten weiterhin 30% bis max. 40% der Ansätze sein.
- Aufgrund des ambitionierten Investitionsprogramms 2021 -2025 ist aktuell ein nomineller Haushaltsresteabbau nicht möglich; durch Reduzierung des Investitionsprogramms 2022 -2027 soll der Haushaltsresteabbau ermöglicht werden.



So geht's weiter ...

1. Nov. bis 11. Nov. 2022	Anhörung der Stadtbezirksräte
11. Nov. 2022	Abgabetermin für Anträge der Fraktionen
9. Jan. bis 27. Jan. 2023	Beratung in den Fachausschüssen
2. März 2023	Beratung im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
21. März 2023	Beratung im Verwaltungsausschuss
21. März 2023	Haushaltslesung im Rat





Weiterer Anpassungsbedarf am Haushaltsentwurf im Rahmen der **Ansatzveränderungen** der Verwaltung kann sich ergeben durch:

- Steuerschätzung Anfang November
- Steigende Energiekosten/Inflation/Zinsen
- Unterbringung/Betreuung Geflüchteter
- Klimaschutz
- Veränderung der Zuschussbedarfe bzw. Ergebnisprognosen der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen
- Veränderung Personalaufwand (u. a. durch mögliche, höher als geplante Tarifsteigerungen sowie Stellenausweitungen)
- Innenstadtförderung



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Stadt Braunschweig Fachbereich Finanzen Bohlweg 30 38100 Braunschweig Tel. 0531 470- 2584 fbfinanzen@braunschweig.de